
Der Winter unseres Mißvergnügens

Endre Aczél

2004 gewährte die Europäische Union acht Ländern mit kommunistischer Vergangenheit Einlaß in die Reihen ihrer Mitglieder. Diese acht Länder bauten in den anderthalb Jahrzehnten vor ihrem Beitritt alle funktionierenden Institutionen der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft aus, was ja eine grundlegende Voraussetzung gebildet hatte, danach übernahmen sie, in viel kürzerer Zeit, als zusätzliche Voraussetzung, auch die Rechtsnormen der Union. Durch schnelle Arbeit entstanden grundsätzliche Reformen. Das Rechtssystem der Union wurde in beinahe alle Lebensbereiche integriert – von Umweltschutz über Wettbewerbsrecht bis zum Tiergesundheitswesen. Besonders zu schätzen ist die Leistung der Slowakischen Republik, die ihre durch das Meciar-Regime verursachten Nachteile im wesentlichen in ein, zwei Jahren überwinden konnte. Laut einem schwunghaft formulierten Kommentar »überwanden die Mittel-Ost-Europäer die alten kommunistischen Unsitten«.

Von Bewunderung zu »Erweiterungsmüdigkeit«

Dieser Vorgang versetzte die alten Mitgliedsländer in Bewunderung. Allerdings spielte dabei auch der Umstand eine nicht unbedeutende Rolle, daß die betreffenden Staaten im Laufe ihrer »Adaptierung« ein beachtliches Wirtschaftswachstum aufweisen konnten: während die wichtigsten großen Wirtschaften der Union, vor allem die deutsche und die französische, praktisch stagnierten, nahm die GDP der Mitgliedskandidaten in schnellem Tempo zu, was sogar die Perspektive zu eröffnen schien, daß sie schon »innerhalb einer Generation« das Niveau der alten Mitgliedsstaaten erreichen würden.

Heute ist diese Bewunderung schon verschwunden, obwohl dennoch das relativ schnelle Wachstum, als eine Art Regelmäßigkeit, weiterhin bei den »Neuankömmlingen« besteht. Brüssel schaut mit mißtrauischem Blick auf den Alltag der »Acht« – nach Beitritt von Rumänien und Bulgarien der »Zehn«.

Diese Wende ist in entscheidendem Maße auf politische Gründe zurückzuführen. Die Union weigert sich zwar, die bereits eigene mittel-ost-europäische Region als Kri-

senregion zu bezeichnen, aber sie sieht mit Enttäuschung, daß in den Ländern, die wegen ihres Gewichts »zählen« (in Polen, Tschechien, Ungarn und in der Slowakei), entweder ihrem Geschmack völlig fremde, mit nationalistischen und populistischen Leidenschaften befrachtete, zerbrechliche Koalitionen regieren, oder es wegen einer parteipolitischen Pattsituation überhaupt nicht regiert wird, oder eine sonst stabil erscheinende Regierungskoalition im Sumpf ihres eigenen Glaubwürdigkeitsverlustes gefangen ist.

Von Ost nach West strömt eine Luft von Unsicherheit und Unberechenbarkeit, deren Folgen – von Brüssel aus gesehen – nicht voraussehbar sind. Das ist die Erklärung für die in der Union mehrheitlich gewordene Ansicht, daß Ausmaß und Tempo der Erweiterung in 2004 eine »Müdigkeit« verursacht habe, man würde es sich also zweimal überlegen, bevor man (nach Rumänien und Bulgarien) überhaupt jemand hereinlassen würde. Nicht, daß der »Wind von Osten her« – etwa vom Balkan her – stärker wird.

Es ist jedoch schwer zu glauben, daß die Union beim Treffen ihrer Entscheidung über die »Gruppenerweiterung« nicht gewußt hätte, was sie importiert. Die Fünfzehn waren ziemlich genau im Bilde davon, welche Vergangenheit die neuen Mitglieder mit sich schleppen, welche womöglich ein drohendes Maß erreichenden organischen Defekte sie haben. Die historische Mission, die die Union mit der Losung von der Vereinigung Europas zu erfüllen wähnte, überdeckte vorübergehend diese Probleme, so sehr, daß Brüssel sogar über manifeste Mängel in der Vorbereitung auf die Unionsmitgliedschaft großzügig hinweg sah. (Im Falle von Polen zum Beispiel auf eine – heute schon paradox erscheinende – deutsche Anregung.) Dieses Verhalten scheint sich gegenüber Rumänien und Bulgarien fortzusetzen.

Kein grundsätzlicher Konflikt

Die Union verspricht die »Erweiterungsmüdigkeit« dann zu überwinden, wenn die Acht/Zehn sich so verhalten, wie es sich gehört. Dieses Versprechen suggeriert aber auch, daß die bisherigen Erfahrungen mit den neu Beigetretenen im wesentlichen negativ seien. Die netto Markt- und Einkommenspositionen der Fünfzehn haben sich nach der Erweiterung nicht verschlimmert, sondern verbessert. Von sporadischen Beispielen abgesehen ist es bloß leeres Geschwätz, daß ein *Outsourcing* von »westlichen« Arbeitsplätzen in »den Osten« im Gange sei, ein ebenso leeres Geschwätz ist der beinahe schon zum Sinnbild erhobene Fall des »polnischen Installateurs«. (Schon allein deshalb, weil z. B. die französische Arbeitslosigkeit durch innere Ursachen bedingt ist.) Weiterhin stimmt es nicht, daß die Union in ihrer vergrößerten Form funktionsuntüchtig geworden oder auf dem Weg dazu sei. Polnische Vetodrohungen (und Vetos) abgerechnet, ist keinerlei ost-westlicher Konflikt zu registrieren, der dem Gewicht, dem Ausmaß nach mit den früheren, teilweise heute noch vorhandenen inneren Gegensätzen der Fünfzehn vergleichbar wäre, angefangen vom Problem Nord-Süd über die Angelegenheit der britischen Rückerstattungen bis zur etatistisch-liberalen Konfrontation.

Von den Gemeinschaftserfahrungen der letzten zwei Jahre her ist also der Problematik der Mittelosteuropäer nicht beizukommen. Die Beurteilung, daß es in dieser Region immer häufigere politische Krisen gibt, trifft zu. Ich fürchte aber, daß in der westlichen Hälfte Europas nicht wirklich wahrgenommen wird, was hinter diesen steckt.

Nicht der historische Prozeß der Erweiterung ist verpufft, sondern der Elan der Reformen. Dafür soll eine Erklärung gefunden werden, sonst wird nichts davon verständlich, was in dieser Provinz der Union vor sich geht.

Illusionen des Systemwechsels

In etwa anderthalb Jahrzehnten ist die Euphorie des Systemwechsels geschwunden. Obwohl alle maßgeblichen politischen Beobachter versucht hatten, den »Masen« klarzumachen, daß der grundsätzliche Inhalt dieser Veränderung, die Privatisierung des Gemeinschaftseigentums, eine nicht einfach ungerechte, sondern schmerzlich ungerechte Besitzverteilung sein wird, glaubten die Einzelnen felsenfest daran, daß die Wohltaten des Systemwechsels an niemandem vorbeigehen würden. Der Einzelne begriff den Systemwechsel als eine simple Erweiterung der west-europäischen Wohlfahrtsgesellschaft. Was natürlich eine Illusion war. Die Mehrheit verlor ihr im Sozialismus gewohntes Sicherheitsgefühl, es wäre töricht zu denken, daß sie für diesen Verlust die Redefreiheit und die sich alle vier Jahre eröffnende Möglichkeit der demokratischen Willensäußerung entschädigt habe. (Die Bewohner der baltischen Länder durch das Erlebnis der Befreiung von der Sowjetunion – vielleicht ja.) All jenen, denen auch die Freiheit der Unternehmung keine neuen Lebensmöglichkeiten eröffnete, wurde etwa gleichzeitig mit dem Beitritt zur Europäischen Union klar: eine Generation ist – und zwar gerade die, die zur Zeit des Systemwechsels im Vollbesitz ihrer Schaffenskraft war –, nun schon endgültig und nicht wiedergutzumachen, aus der Verteilung, aus der grundsätzlichen Neuverteilung der Güter, die in den Jahren nach dem Systemwechsel vor sich ging, herausgefallen. Der Einzelne geriet in der Bestrebung zum Aufholen in eine Sackgasse.

Die einfachen Menschen haben nun die mit den Reformen identifizierte Umwandlung satt. Das ist der entscheidende Grund für das Verpuffen, für das Scheitern.

Aus dieser Quelle speist sich der europafeindliche Nationalismus und Populismus. Wenn alle Veränderungen bis jetzt nur Böses gebracht haben, so sollen wir auf dem »Noch-Vorhandenen« beharren, oder kehren wir den Wagen um: Regierungen, wie die polnische oder die slowakische, oder gar die Hauptkraft der ungarischen Opposition, versuchen sich in etwa nach diesem Gefühl zu richten. Vorläufig nur mit verbalen Übertreibungen – wir wissen aber, daß »jeder Mord erst auf verbaler Ebene begangen wird«.

Nicht zu übersehen ist, daß sich die Spitze der reformfeindlichen, mitunter extrem demagogischen Rhetorik nun schon gegen den Systemwechsel selbst richtet. Natürlich nicht mit der Absicht, die Marktwirtschaft in Frage zu stellen. Sondern mit der Präsupposition, daß die Abmachung mit den Kommunisten nicht einmal nachträglich zu entschuldigen sei. Am vehementesten fragen die polnische *PiS* und die ungarische *Fidesz* nach dem Sinn des Ausgleichs, durch den in diesen beiden Ländern der Systemwechsel friedlich vor sich ging. Beide politischen Kräfte würden den Prozeß ungeschehen machen, im Laufe dessen die einstigen kommunistischen Eliten die Möglichkeit zur Karriere in der Wirtschaft erhielten, und da sie es am besten wußten, was zu privatisieren sich lohnt und was nicht, verschafften sich diese Eliten tatsächlich bedeutsame Positionen in der Marktwirtschaft. Da aber dieser Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Stimmungsmache, mit deren erhofftem politischen Nutzen. Die erwähnten politischen

Kräfte hätten es gern, wenn sich jede Art Abneigung im Zusammenhang mit dem Systemwechsel auf der Linken (oder auf den mit ihr entweder verbündeten oder sympathisierenden Liberalen) niederschlagen würde. Bei dieser Unternehmung gelten alle rechtsextremen und populistischen politischen Gebilde als Verbündete, weil sie ihre Massenunterstützung von der Menge der kleinen Leute gewinnen, die auf die ewige Suche nach einem Sündenbock eingerichtet und frustriert sind.

Nicht auf ein völlig anderes Blatt gehört, daß dieselben die eigenen Frustrationen, das eigene Beleidigtsein in eine europäische Dimension versetzen, indem sie zum neuen Bindemittel der »neuen Union« (in Wirklichkeit: zu ihrem Schmelzmittel) die erhöhte – oder neubelebte – nationale Souveränität und die in der Religion begründete Moralität (in politischem Sinne: den Klerikalismus) machen würden. In diesem Gebilde wird das Beleidigtsein des Einzelnen zum nationalen Beleidigtsein transformiert, das in der Sackgasse gelandete Einzelschicksal zum nationalen Schicksal, dem nur dann abzuhelpen sei, wenn die Union in möglichst geringem Maße diese Regierungen des freien Herumwirtschaftens in ihrer Souveränität, in ihrer offenen Konfrontation mit dem Wertesystem der Union beschränkt.

Reformfeindliche Stimmung

Die Richtung des Ausbruchs ist falsch, die Handlung ist eine Ersatzhandlung. (Als solche gelten auch einige spektakuläre Schritte der neuen slowakischen Regierung zur Abschaffung der von ihrer Vorgängerin eingeführten Reformen – des Typs »dem Land nützlich, aber dem Einzelnen nicht« –, mit Berufung auf die »Interessen der Mehrheit«.) Aus folgenden Gründen:

1. Die reformfeindliche (eigentlich systemwechselfeindliche) Stimmung eröffnet den mit politischen Krisen kämpfenden bunten Koalitionen in Wirklichkeit die Möglichkeit, sich statt Reformen mit Pflücken und Verteilen der »reifen (reif geglaubten) Früchte« zu beschäftigen und so das eigene Überleben zu sichern. Im Hintergrund aller gefährlichen, populistischen Versprechungen steckt dies.
2. Unter den Acht gibt es heute keine einzige Regierung (ausgenommen vielleicht die ungarische, unter schwerstem Wirtschaftszwang leidende), die sich zu tiefgreifenden Reformen verpflichtet hätte. Die aufgeblähte staatliche Bürokratie blieb praktisch intakt, ebenso intakt sind die großen Verteilungssysteme (Gesundheitswesen, Bildungswesen, soziale Transfers, Renten). In Tschechien mit den ausgezeichneten makroökonomischen Daten etwa wird aus lauter parteipolitischem Opportunismus die Rentenreform ständig verschoben, obwohl es sich um das am schnellsten alternde Land handelt und die Renten in einem Jahrzehnt völlig unfinanzierbar werden. Der berühmt-berüchtigte Satz von Ferenc Gyurcsány in seiner im September 2006 in Balatonöszöd gehaltenen Rede, »wir haben nichts gemacht«, ist absolut allgemein zu verstehen. Die großen Systeme betreffend hat, mit Ausnahme der vorherigen slowakischen Regierung, kein Land etwas getan, allerdings wollten die jeweiligen Regierungen stets den Anschein erwecken, daß sie ganz ernsthaft die Reform vorbereiten. (Die Steuerreformen – so z. B. die Einführung des einheitlichen Steuersatzes – betrachten wir nicht als Reform, sondern als Mittel zur Wettbewerbsfähigkeit.) Dieses Verhalten ist voll und ganz als Teil des Begriffskreises der Lüge zu verstehen (siehe noch: ebenfalls Gyurcsány).

3. Obwohl die Acht zusammen beinahe ein Drittel der EU-Mitgliedstaaten vertreten, ist ihr gemeinsamer Beitrag zur GDP kaum mehr als 6 Prozent, und sie investieren haarsträubend wenig ins Humankapital, in Innovation, in Forschung und Entwicklung. Dadurch stehen sie – trotz aller (vereinzelt) bahnbrechenden Steuerreformen ganz unten auf der europäischen Rangliste der Wettbewerbsfähigkeit. (Interessanterweise wird Ungarn diesbezüglich anders beurteilt als die anderen Visegrád-Länder oder die Balten.)

Die allerwichtigste Frage ist, wann in diese Angelegenheiten kardinaler Bedeutung Bewegung kommt? Es ist vorauszusehen, daß eine solche durch die Wirklichkeit der Staatsausgaben früher oder später erzwungen wird. Das Problem ist nur, daß die politischen Kräfte, die allein das eigene Überleben vor Augen halten, den Verlust ihrer Popularität fürchtend – da ja jede ernsthafte Reform mit Kosten und einer Menge von Interessenverletzungen verbunden ist –, die konkreten Schritte so lange verzögern, bis das Haus brennt. Es könnte für Ungarn ein historisches Glück sein, daß dort »das Haus« tatsächlich zu brennen begann, das Defizit bei den öffentlichen Geldern alarmierend zu sein begann. Der Zwang erschien früher als anderswo, wo mit öffentlichen Geldern klüger gewirtschaftet wurde.

Mesallianzen in den Regierungen

Nicht erst in Mittel- oder Osteuropa wurden »widernatürliche« Interessenbündnisse mit populistischen und chauvinistischen Parteien geschlossen, um zur Regierungsmacht zu gelangen. Schon vor dem polnischen oder slowakischen Beispiel sahen wir solche in österreichischer (Haider) und italienischer (Fini) Variante. Die Europäische Union besaß weder die Kraft noch die Mittel, Entstehung und Bestehen dieser Mesallianzen zu verhindern. Die Union besitzt nur den Spielraum, sich für das Einhalten des ungeschriebenen Verbots von politischen Vereinbarungen mit radikalen Kräften einzusetzen. Auch dies bleibt nicht erfolglos. Keine einzige Partei »macht Geschäfte« mit Le Pen in Frankreich, mit den Kommunisten in Tschechien.

Tatsache ist allerdings, daß die Union das Bestehen von Koalitionen, die als Ergebnis demokratischer Wahlen zu Stande kommen, nicht in Frage stellen kann. Als sie das tat, etwa im Falle der Schlüssel-Haider-»Ehe«, bereitete sie ihr eigenes Scheitern vor. Daher sind formelle Bedenken nicht angebracht, weder im Falle der Slowakei, noch im Falle Polens. Am wenigsten angebracht wäre eine Strafe.

Allerdings! Die in diesen beiden Ländern entstandene eigenartige Mixtur (relative Rückständigkeit, innenpolitische Unsicherheit, schwankendes und schlechtes Regieren, taktische Reformfeindlichkeit) zeigt weder mit dem italienischen, noch weniger mit dem österreichischen Fall eine Parallele. Die Risiken sind unvergleichbar. Es zeichnet sich also eine »Institution« ab, die einzigartig ist in der Geschichte der Union: die der indirekten Strafe.

Ein Beispiel dafür ist das deutsch-polnische Verhältnis, mit Rußland im Hintergrund. Heute läßt es sich nicht mehr sagen, wann und wie die Regierung der Kaczyński-Zwillinge durch die einigermaßen atavistische, im traditionellen polnischen Nationalismus wurzelnde Russen- und Deutschfeindlichkeit in die jetzige Bahn gebracht wurde. Tatsache ist, daß Polen den ersten großen Nachbarn als Nemesis Polens, den anderen als revanchistisch behandelt, und es bringt das alles noch dazu in harscher, aggressiver – im Falle Deutschlands noch dazu lächerlicher – Form zum Ausdruck. Es

tut dies im törichten Glauben, daß es die Nachteile in der deutschen und russischen Relation durch sein zur Schau gestelltes Verbündetenverhältnis mit den Vereinigten Staaten ausgleichen kann. (Polen geht also nicht im Geiste von Niccolo Machiavelli vor, der dem Fürsten riet, Freunde aus der Nachbarschaft, Feinde dagegen aus möglicher Ferne zu wählen.)

Die unberechenbare und riskante polnische Nachbarschaft bewog das als Unionspartner und Verbündeter geltende Deutschland und das Nicht-Unionsmitglied Rußland dazu, Polen als Transitstrecke aus ihren unmittelbaren Wirtschafts- und Handelsbeziehungen weitestgehend auszuschließen. Dies bezieht sich auf die Gaslieferungen und neuerdings auch auf den Eisenbahnfrachtverkehr. In beiden Fällen (im letzteren mit Einschalten einer Fähre) verläuft der Verkehr über die internationalen Gewässer der Ostsee. Auch das über Polen verhängte Fleischembargo hatte die zusätzliche Bedeutung, daß Fleisch nach Rußland nicht über Polen geliefert werden soll. Das ist es, was ich indirekte Strafe nenne, und meines Wissens hatte die durch Polen zur Verteidigung seiner Interessen, mit Berufung auf die »Solidaritätspflicht« innerhalb der Union begonnene Kampagne zu keinerlei Ergebnis geführt. Umso weniger kann die Kaczyński-Regierung mit dieser Solidarität rechnen, als Polen bereits zweimal mit Veto drohte bzw. Veto erhob – als einzige von den Acht –, und die Gemeinschaftspolitik (zu Energie, zur MwSt.) blockierte als Vergeltungsmaßnahme für (vermeintlich) erlittenes Unrecht. Vielleicht hat es nicht einmal erkannt, welch alarmierenden Präzedenzfall es damit schuf.

Als Fußnote zur Geschichte sollte erwähnt werden, daß Polen, indem es sich als strategisches Ziel bezeichnete, sich von der russischen »Energieabhängigkeit« befreite und seine Gasanschaffungen diversifizierte, sich im wesentlichen auf Konfrontation eingerichtet hat – im Gegensatz etwa zu Ungarn, das die Kooperation mit der *Gazprom* wählte. Dies muß (mußte) nicht unbedingt so geschehen, eine gemeinsam erarbeitete Energievereinbarung zwischen Rußland und der Union würde gerade die Suche nach anderen Wegen verhindern. Als Warschau gegen die Aufnahme diesbezüglicher Verhandlungen Veto erhob, setzte es eigentlich sich selbst schachmatt.

Gegenbeispiel Slowenien

Das kleine Slowenien ist erfolgreichstes Mitglied der Acht. Seine makroökonomischen Indizes sind in beinahe allen Bereichen besser, ausgeglichener als die der anderen; allerdings startete es als weitaus bestentwickeltes Mitglied der einstigen jugoslawischen Gemeinschaft, das auch »österreichische Wurzeln« hat, von vornherein mit einem Positionsvorsprung. Es lohnt sich daran zu erinnern, daß Slowenien seinen heutigen relativen Reichtum, seinen gemessen an Griechenland und Portugal besseren Zustand dem zu verdanken hat, daß seine Unternehmen auch auf dem zerstückelten südslawischen Markt ihre Monopolsituation bewahren konnten, die sie in der Tito-Ära praktisch bis zum Zerfall Jugoslawiens erwarben.

Die politische Entwicklung in Slowenien ist in der Sphäre der neu beigetretenen Länder als eine besondere zu bezeichnen. Nicht zu übersehen ist, daß Slowenien frei ist vom typischen Paradigma des Übergangs, dem symbolhaften Politisieren, während die anderen Neuen der Union sich davon immer noch nicht befreit haben und dieser Prozeß durch nationalistische und rechtsextremistische Phänomene nicht geschwächt, sondern bestärkt wird. Anderswo ist das mitunter verzerrte nationale Gedächtnis voll

von Fahnen, Wappen, Streifen, Schlachten, Wundern und Heldentaten, historischen Siegen und Stürzen, Heiligen und Teufeln, von ständig zu aktualisierenden Bildern von fremden Unterdrückungen und Befreiungen, Zwangsumsiedlungen und Diskriminierungen, Dekreten und Minderheitenschicksalen. In Slowenien sind solche Dinge nicht bekannt. Das historische »Gepäck« der in ihrer Geschichte zum ersten Mal unabhängigen Alpenrepublik mit der geringen nationalen Vergangenheit ist praktisch leer; es behauptet niemand von der Unabhängigkeit, daß sie nicht die richtige sei, auch vom Systemwechsel nicht; man verdammt nicht die Union und die Globalisierung; sie navigieren mit geschickten, den Interessen der Nation dienenden politischen und ökonomischen Kompromissen vorwärts. Sie sind zufrieden mit sich selbst und mit der Welt. Anscheinend kamen wir alle mit einem »unbeschriebenen Blatt« in die Union – in Wirklichkeit können das allein die Slowenen von sich behaupten.